

Hier bei der Expedition 2 R<sub>g</sub>, außerhalb bei den Königl. Postämtern 2 R<sub>g</sub> 10 S<sub>g</sub> incl. Post-Ausschlag, in Köln bei dem Königl. Post-Zeitungsamt für England 3 R<sub>g</sub> 15 S<sub>g</sub>, für Frankreich 4 R<sub>g</sub> 24 S<sub>g</sub>, für Belgien 2 R<sub>g</sub> 10 S<sub>g</sub> incl. In Warschau bei d. R. R. Postämtern 4 R<sub>g</sub> 33 Kop. In Rußland laut R. Posttag.

# Ostsee-Zeitung

## und Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Stettin, 1866.  
Donnerstag, 8. Februar.

Insertions-Preis:  
für den Raum einer Petitzeile 2 S<sub>g</sub>.

Anserate nehmen an:  
in Berlin: A. Kretzmer, Breitestr. 1.  
in Hamburg-Altona: Haasenstein & Vogler.  
in Stettin: die Expedition.

Geeignete Mittheilungen werden grat. aufgenommen und auf Verlangen angemessen honorirt.

Berlin, 8. Februar. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Folgende im Ressort der landwirthschaftlichen Verwaltung beschäftigte Regierungs-Äfforen: Schraeder im Bezirk der General-Commission zu Münster, Kunze im Bezirk der Regierung zu Frankfurt, Schulze im Bezirk der General-Commission zu Merseburg, Baische im Bezirk der General-Commission zu Münster, Fischer im Bezirk der General-Commission zu Breslau, v. Gottberg im Bezirk der Regierung zu Frankfurt zu Regierungs-Räthen, und den bei der General-Commission zu Posen beschäftigten Deconomie-Commissions-Rath Kummer zum Regierungs- und Landes-Deconomie-Rath zu ernennen.

### Deutschland.

Berlin, 8. Februar. Der „Köln. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Die angehängten vertraulichen Vorbehalte Hannover und der beiden Hessen wegen des Italienischen Handelsvertrages stellen, dies wird bestätigt, die Ratification Italiens in Frage. Dasselbe gilt von der Delegation Dessau's an Preußen. Dasselbe gilt von der Ratification. Italien wird, wie in politischen Kreisen glaubwürdig verlautet, Aufklärungen verlangen und nur ratificiren, wenn im Protocoll zum Austausch der Ratificationen constatirt wird, daß der Austausch, gemäß dem Schlußprotocoll, Italiens Anerkennung Seitens sämtlicher Zollvereins-Regierungen bedingt, widrigenfalls der Vertrag wieder aufgehoben sein würde. Preußen mag Angesichts der Ratification des Königs von Hannover und beider Hessen etwaige nebenher existirende Vorbehalte ignoriren. Erproben würde sich indessen das Verhältniß, wenn Italien einen Gesandten in Hannover beglaubigen wollte. Dagegen, daß Hannover sich alsbald hinterher auf seine Preußen als Mandatar anvertrauten Vorbehalte berufen und den Gesandten Italiens anzunehmen sich weigern sollte, will man in Florenz, allem Anscheine nach, Vorbehalten treffen. Sollte die bezeichnete Erklärung in das Protocoll nicht aufgenommen werden können, so wird die Ratification Italiens wahrscheinlich aufgeschoben werden, bis Hannover so wie die beiden Hessen ihre Vorbehalte zurückgenommen haben und Dessau selbst zu ratificiren sich entschlossen hat. So liegt, gutem Vernehmen nach, die Angelegenheit, die übrigens, was Dessau angeht, ihre drastische Seite hat. Früher haben Mittel- und Kleinstaat bei allen möglichen Verträgen, literarischen, Auslieferungs-Tractaten und ähnlichen, ihre Souveränität eifersüchtig gewahrt und lieber die Preussischen Verträge des selbstständigen Abschlusses copirt, als daß sie Preußen Auftrag gegeben hätten. Jetzt willigt Dessau in eine theilweise Mediatisirung, um der directen Anerkennung Italiens zu entgegen. Dies kam bei uns nur mit innigen Begehren angesehen werden. Aber man begreift, daß Italien, das an dem Zustandekommen des Vertrages nur ein politisches Interesse hat, sich diese Winkelzüge nicht gefallen läßt und die Ratification bis zu der Beseitigung aller Hinterthüren und Vorbehalte verweigert.

Die „Provinzial-Correspondenz“ schreibt: „Dem Landtage werden in den nächsten Tagen noch mehrere wichtige Gesetzes-Vorlagen zugehen — insbesondere das Gesetz über die Arbeiter-Verhältnisse und über die Aufhebung des Eingangsgebüdes, welche zunächst dem Herrenhause vorgelegt werden sollen, — ferner ein Gesetz, betreffend die Haftbarkeit des Eigentümers eines Gebäudes für den durch Einsturz desselben verursachten Schaden, und des Werkmeisters, so wie der Bauhandwerker für Baumängel. — Auch die Vorlage wegen Erweiterung des Wirkungsbereiches der Preussischen Bank wird dem Landtage bald zugehen.“ Derselbe soll anderweitigen Nachrichten zufolge, außer der Erhöhung des Capitalfonds, nur die Errichtung einer Filiale, und zwar in Schleswig, beantragen.)

In den Motiven zu dem Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Credit für die Marineverwaltung, wird über den Kieler Hafen folgendes gesagt:

Schon im Anfange des vorigen Jahres wurden alle Anordnungen getroffen, um statt der ungeeignet erscheinenden Danziger Werft und des während des Krieges als Flotten-Station benutzten mangelhaften Seinemünder Hafens, Kiel zum Sitz unserer Flotten-Einrichtungen und zum Ausgangspunkt unserer maritimen Entwicklung zu machen; die Schiffe von größerem Tiefgang wurden dauernd daselbst stationirt und demgemäß die Marine-Station der Ostsee, die Flotten-Station-Division, der größte Theil des See-Bataillons und der See-Artillerie von Danzig nach Kiel verlegt. Dadurch ergab sich die Nothwendigkeit, ebenfalls zum Zwecke der Aus- und Abrüstung der Schiffe ein provisorisches Marine-Depot zu gründen, das Stations-Commando dort zu etabliren und für die, an Stelle des bisherigen Cadetten-Instituts neu zu errichtende Marineschule wenigstens den unentbehrlichen Grunderwerb zu gewinnen.

Wichtiger aber, als alle diese Maßnahmen, erschien die militärische Sicherstellung eines Besitzes, dessen Werth durch eben jene Maßnahmen und die daran für die Zukunft geknüpften Pläne noch bedeutend gesteigert wurde. Eben deshalb wurde die unter der Dänischen Verwaltung verfallene Seefeste Friedrichsort wieder in vertheidigungsfähigen Zustand gesetzt, angemessen armirt der Marine überwiesen und in telegraphische Verbindung mit dem Stations-Commando gebracht. Eben deshalb wurden aber auch, in Betracht der Unzulänglichkeit der Werke von Friedrichsort zur seeseitigen Schließung und Vertheidigung der Kieler Bucht, an geeigneten Punkten starke Strandwerke erbaut, deren zweckmäßige Armirung im Gange ist.

Es bleibt aber außerdem noch die vollständige Sicherung des Hafens, sowie der künftigen Werft-Anlagen mit allem Zubehör gegen einen Handreich, wie gegen ein Bombardement von der Landseite zu bewirken. Selbstverständlich wird mit den dazu erforderlichen Ausführungen erst dann vorgegangen sein, wenn das zu schützende Object, das Werft-Etablissement selbst, seiner Vollendung entgegengeführt worden ist. Es genügt daher vorläufig wohl die Andeutung, daß die fortificatorische Sicherung des Hafen-Etablissements gegen einen landseitigen Handreich durch eine einfache sturmfreie Umschließung desselben bewirkt werden soll, während, um das Bombardement von der Landseite möglichst auszuschließen, die Herstellung einiger tüchtiger Werke auf den das Vorterrain beherrschenden Höhen als ausreichend erscheint.

Während das Marine-Ministerium das schon im Vorjahre bearbeitete Project zur Gründung eines Kriegshafens an dem oben bezeichneten Punkte der Kieler Bucht einer nochmaligen Revision unterworfen hat, ist die Ingenieur-Commission damit beauftragt, die bezüglich der fortificatorischen Entwurfs ihrer technischen Prüfung zu unterziehen und festzustellen. Es liegt aber auf der Hand, daß weder das Nothwendige, was bisher vorbereitend geschehen mußte, noch das Unerläßliche, was der nächsten Zukunft vorbehalten bleiben muß, mit den etatsmäßigen Mitteln der Marine-Verwaltung auszuführen war und sein wird. Wenn die Marine-Verwaltung die überetatsmäßigen Ausgaben, welche schon bisher als unerlässlich und unaufschiebbar angesehen werden mußten, aus den bereiteten Mit-

teln einstweilen gedeckt hat, so ist sie sich wohl bewußt gewesen, daß sie die nachträgliche verfassungsmäßige Bewilligung derselben nachzuholen hat. Sie that dies, indem sie die bezüglichen Voranschläge als integrirende Theile der außerordentlichen Gesamtbewilligung betrachtete, welche sie für die Zwecke dieser Vorlage in Anspruch zu nehmen genöthigt ist.

Die überschlägig ermittelten Kosten betragen für 1) das Marine-Ministerium selbst 3,800,000 R<sub>g</sub>, 2) sämtliche Befestigungsanlagen desselben 1,390,000 R<sub>g</sub>, 3) deren artilleristische Armirung 660,000 R<sub>g</sub>, 4) Garnison-Einrichtungen ca. 300,000 R<sub>g</sub>, Summa 6,150,000 R<sub>g</sub>. — Das Marine-Etablissement einschließlich sämtlicher Befestigungsanlagen könne in 6 Jahren vollendet sein.

Der in der Sitzung vom 5. Februar in das Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Ermäßigung und Aufhebung des Gerichtskosten-Zuschlags lautet:

§. 1. Der Zuschlag von sechs Silbergroschen, welcher nach dem Tarif zu dem Gelehe vom 10. Mai 1851 von jedem vollen Thaler eines zu erhebenden Gerichtskosten-Betrages in Anschlag kommt, wird für Acte der nicht streitigen Gerichtsbarkeit und für Requisitionskosten vom 1. Juli 1866 ab zum halben Betrage, vom 1. Juli 1867 ab überhaupt nicht mehr erhoben. In gleicher Weise fällt derielbe für Acte der streitigen Gerichtsbarkeit und für Untersuchungsacten vom 1. Juli 1868 ab zur Hälfte, vom 1. Juli 1869 ab ganz fort.

§. 2. Die Bestimmung des §. 1 kommt in jedem der genannten Jahre bei den nach dem 30. Juni zur Festsetzung gelangenden Kosten-Liquidationen zur Anwendung.

In den diesen Gesetz-Entwurf begleitenden Motiven wird zunächst auf die in den Vorbemerkungen zu jenem Tarif unter Nr. III. enthaltene Bestimmung hingewiesen, wonach die Ermäßigung oder Aufhebung des Zuschlages eintreten soll, „sobald das Verhältniß der Staats-Einnahmen es gestattet“. Es heißt in den „Motiven“ dann weiter:

In Gemäßheit dieser Bestimmung hat die Staats-Regierung den Zuschlag von jeher als eine vorübergehende Steuer angesehen, die Ermäßigung bezüglich den Wegfall desselben jedoch nicht eher in Vorschlag bringen dürfen, als bis nach ihrer gewissenhaften Prüfung die Voraussetzungen eingetreten war, von welcher die in dem bereiteten Gesetz ausgesprochene Vertheilung abhängig gemacht worden ist. Von diesem Gesichtspunkte aus glaubt die Staats-Regierung jetzt nach sorgfältiger Erwägung mit Rücksicht auf das Verhältniß der Staats-Einnahmen die Aufhebung des gedachten Zuschlages, jedoch nur in der Weise befürworten zu können, daß die Durchführung der Maßregel vom 1. Juli 1866 ab auf einen dreijährigen Zeitraum vertheilt wird. Dabei mußte es für angemessen und billig erachtet werden, denjenigen Interessenten durch den Wegfall des Zuschlages zuerst eine Erleichterung zu verschaffen, welche, wie in Hypothekensachen, bei Nachlaßregulirungen, Vormundschaften, Curatelen und anderen Fällen einer Vermögensverwaltung zur Sicherung oder Feststellung ihrer Rechte die Mitwirkung der Gerichte meist unfreiwillig in Anspruch zu nehmen haben und denen dadurch Kosten entstehen. Aus diesem Grunde ist darauf Bedacht genommen, daß der Zuschlag bei den Acten nicht streitiger Gerichtsbarkeit zuerst, und zwar vom 1. Juli 1866 ab zur Hälfte, vom 1. Juli 1867 ab aber ganz in Wegfall kommt. Auf gleiche Linie mit diesen Geschäften sind die Requisitionssachen gesetzt, für welche besondere Kosten nur in einzelnen, seltenen Fällen zu liquidiren sind und welche nach den verschiedenen Geschäften zu sondern in der Ausführung mit Schwierigkeiten und Weiterungen verbunden sein würde. Vom 1. Juli 1868 beziehungsweise 1. Juli 1869 ab soll sodann der Zuschlag fernerweit je zur Hälfte auch für die Handlungen der streitigen Gerichtsbarkeit und die Untersuchungsacten wegfallen. — Der Gesamtbetrag des Zuschlages und der durch den vorliegenden, in obigem Sinne redigirten Gesetzentwurf in dem bezeichneten jährigen Zeitraum zu erwartenden Ausfall an den Staatseinnahmen ist zwar nicht mit Genauigkeit anzugeben. Einen annähernd zuverlässigen Anhalt für den Betrag gewährt jedoch eine Nachweisung, welche die Staatsregierung bei sämtlichen Salarien-Cassen über die Höhe der ihnen durch den Zuschlag zuzuführenden Einnahmen unter Berücksichtigung der verschiedenen Gattungen der Rechtsgeschäfte für den halbjährigen Zeitraum vom 1. April bis 1. October 1859 hat anfertigen lassen. Danach ergab der Zuschlag für das halbe Jahr einen Ertrag von 410,803 R<sub>g</sub> 25 S<sub>g</sub>, wovon 175,339 R<sub>g</sub> 20 S<sub>g</sub> auf die Acte nicht streitiger Gerichtsbarkeit und die Requisitionssachen, 235,464 R<sub>g</sub> 4 S<sub>g</sub> auf die Handlungen der streitigen Gerichtsbarkeit und die Untersuchungsacten gekommen sind. Mit Rücksicht darauf, daß in das dritte Quartal, welches jener Berechnung mit zu Grunde lag, die Ferien fallen, darf angenommen werden, daß der jährliche Gesamtbetrag des Zuschlages sich damals auf etwa 900,000 R<sub>g</sub> belief, — eine Summe, welche bei den inzwischen gestiegenen Einnahmen der Justiz-Verwaltung jetzt noch etwas höher zu veranschlagen sein dürfte.

Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses beriet gestern den Etat der Verwaltung für Handel, Gewerbe und Bauwesen, und erledigte ihn bis auf die Ausgabe-Position von 120,000 Thlr. im Extra-Ordinarium zur Erwerbung des Rechts für den Staat zur Erhebung der allgemeinen gesetzlichen Bergwerks-Abgaben und Bergwerks-Steuer in der Herrschaft Broich. Für diese Position hat die Regierung eine sie motivirende Denkschrift ausarbeiten und auch bereits drucken lassen, die jedoch den Mitgliedern der Budget-Commission noch nicht zugekommen ist. Im Wesentlichen ist der in Rede stehende Etat gestern genehmigt worden, und wir können uns auf vereinzelte Monita und Bemerkungen, die im Schooße der Commission gemacht wurden, beschränken:

Beim Beginn der Verathung machte der Abg. Michaelis darauf aufmerksam, daß es nicht wohl gethan sei, die diesem Etat gehörigen Einnahmen von Schauffen, Canälen, Häfen etc. in dem Etat des Finanzministeriums aufzuführen, dadurch die Zusammengehörigkeit der mit einander verbundenen Einnahmen und Ausgaben zu zerreißen und die dem Ressort des Handelsministeriums angehörigen Beamten des treibenden Spornes zu berauben, der für sie in dem Wachstum der Einnahmen aus den ihrer Verwaltung unterliegenden Einrichtungen liegt. Dieser Gesichtspunkt wird bei der Abfassung des Berichts Berücksichtigung finden. — Bei Tit. 13 (zur Unterhaltung und Ausbesserung von Wegen, Wasserwerken, Brücken, Fahren und Dienstgebäude) erinnerte der Referent Abg. Kunze an die im vor. Jahre abgelesenen und gleichwohl veranschlagten 1400 R<sub>g</sub> für das Mobiliar des Präsidenten Mairach in Gumbinnen. Der Regierungs-Commissar Geh. Rath Maclean erwiderte auf die Frage, wie dem die Veranschlagung trotz der Streichung im v. J. habe statthaben können, daß dies Sache der Verwaltung und die Regierung nicht dazu da sei, um für die Kammern zu verwalten. Es kam darüber zu einer lebhaften Erörterung zwischen dem Herrn Commissar und Herrn v. Hoyerbed und andern Mitgliedern der Commission. Der Verwendungsplan des Generalbaufonds, der ein Theil des Tit. 13 ist, und aus dem die 1400 R<sub>g</sub> für das Mobiliar des Präsidenten M. entnommen sind, wurde eben mit der Landesvertretung vereinbart; zur Anschaffung von Mobiliar sei jener Fonds, wie schon sein Name ausdrückt, nicht bestimmt, und vor Allem dürften nicht genehmigte Ausgaben auch nicht gemacht werden. Der Bericht wird dieses Zwischenfalls Erwähnung thun, in welchem der Herr Commissar ausdrücklich gegen eine besondere Bezeichnung solchen Verfahrens Protest erhob. — Bei Titel 14 (Strom-Regulirungen und Hafenbauten) wurde der vorjährige Antrag

auf Verwendung größerer Mittel zur Schiffbarmachung der Oder und Weichsel und zur Anlegung von Nothhäfen zwischen den Mündungen dieser beiden Flüsse diesmal nicht erneuert, der Sache selbst wird aber im Bericht unter Hinweis auf den vorjährigen Antrag Erwähnung geschehen. Der Regierungs-Commissar, Geh. Rath Maclean, erklärte, es sei inzwischen für den Hafen von Stolpmünde so viel geschehen, daß er auch für Schiffe von größerem Tiefgang genüge. — Bei Tit. 17 (zu Schauffen-Neubauten) wurde ein Antrag eingebracht, daß die Regierung einen speciellen Plan für Neubauten vorlegen möge, die alsdann einzeln geprüft und eventuell genehmigt werden sollen. Der Antrag wurde aber schließlich zurückgezogen. — Bei dem Etat der Verwaltung für Bergwerke, Hütten und Salinen wurde die Regierung, welche durch den Ministerial-Director Krug v. A. I. d. a. und den Geh. Oberberggrath Ben demann vertreten war, schon jetzt daran erinnert, wie die im vorigen Jahre vorausgesetzten Mehreinnahmen, welche die Staatsregierung jetzt durch ihre eigenen Steuern bestätigt, das Resultat einer richtigen und sachgemäßen Prüfung gewesen seien. Im Uebrigen wurden alle Positionen auch dieses Etats im Ordinarium und Extraordinarium durchweg bewilligt.

Die Justiz-Commission hat gestern den Bericht des Abg. Wachsuth über die Petition Classen-Rappellmann, das Abgeordnetenfest betreffend, festgesetzt und sich für die strengere Fassung des Passus entschieden, der von dem Verbot handelt, als die ursprünglich vorliegende war. In Bezug auf die in der Petition enthaltenen Thatfachen wurde angenommen, daß sie durch die stillschweigende Anerkennung des Regierungs-Commissars beglaubigt seien.

Der erste Bericht der Commission für Handel und Gewerbe enthält das, vom Abgeordneten Dr. Riegert erstattete Referat über eine, aus der Grafschaft Mark eingegangene Petition, die Nordpolfahrt betreffend. Die Schluß-Absätze des Berichtes lauten:

„Thatsächlich steht fest, daß die ersten größeren Entdeckungs-Reisen nach beiden Erdpolen wegen des besonderen dazu tauglichen Materials an Schiffen und Mannschaften und wegen des Kostenpunktes fast überall von den Regierungen ausgegangen sind, und erst später Private oder Gesellschaften, z. B. in England und Amerika, die Sache weiter förderten. Wenn deshalb Preußen das in Deutschland angeregte Unternehmen als Staat in die Hand nimmt, sei es selbstständig oder cooperativ mit einer Privat-Gesellschaft, jedoch im letzteren Falle leitend, so fördert es die Ausführung und eignet sich gleichzeitig eine nationale Idee an, mit deren Durchführung oder weitestlicher Unterstützung es seinen Beruf erfüllt. Der maritimen Vormacht Deutschlands mit ihren für die projectirte Fahrt passenden Schiffen, mit ihren tüchtigen See-Offizieren und disciplinirten Mannschaften, mit ihren Mitteln und Anstalten zu einer leichten, schnellen und sicheren Ausrüstung der Expedition winkt, wie die Betenden richtig sagen, ein Ehrenpreis. Es ist auch von dem Patriotismus anderer deutscher Staaten zu erwarten, daß sie sich freiwillig erboten werden, einen Theil der Kosten der Expedition mit zu übernehmen, und an müthigen Männern der Wissenschaft, welche die Expedition begleiten, wird es nicht fehlen. Dessenungeachtet aber mußte es sich die Commission verlagern, die Petition mit ihren Anträgen der Königlich-Preussischen Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, selbst auf den Vorwurf hin, daß sie, was nicht der Fall, einer vaterländischen Frage nur geringe Bedeutung beimesse. Die notorische politische Situation, in welcher sich Preußen befindet, das schon seit Jahren nicht erfolgte Zustandekommen eines Budgets, das einseitige Vorgehen der Königlich-Preussischen Regierung mit Staats-Einnahmen und Staats-Ausgaben unterlagen es der Commission in einer Angelegenheit, die auch ihre finanzielle Seite hat, die Initiative zu ergreifen. Sie hat sich deshalb fast einstimmig zu einer motivirten Tages-Ordnung vereinigt, und trägt dahin an: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in Erwägung, daß das Project einer Nordpol-Expedition zwar einer Berücksichtigung sehr werth ist, daß auch die Königlich-Preussische Regierung mit der Prüfung dieses Projectes befaßt ist, daß zu einer Unterstützung desselben aber der Staats-Regierung die Initiative überlassen werden muß, geht das Haus der Abgeordneten über die Petitionen von Schmidt und Genossen zur Tagesordnung über.“

Von interessanten Petitionen, die dem Hause der Abgeordneten vorliegen, nennen wir folgende: Eine Breslauer Petition beantragt die Befragung des Staatsanwalts von Bönninghausen zu Königsberg i. Pr. wegen Verleumdung des Abgeordnetenhauses durch die in öffentlicher Gerichtsverhandlung gemachte Aeußerung: „Die Redner des Abgeordnetenhauses seien eine Schmach für das ganze Land“. Von derselben Seite wird ferner der Antrag gestellt, criminalrechtlich einzuschreiten gegen den Redacteur der „Provinzial-Correspondenz“ wegen Verleumdung und Verleumdung des Abgeordnetenhauses durch die Aeußerung: „Dasselbe sei für das Land gefährlich und seine Wirkung eine verderbliche“. Endlich wird von derselben Seite noch beantragt: dem Redacteur May, der acht Wochen lang in polizeilicher Haft gehalten worden, ohne seinem Richter überliefert zu werden, dafür Satisfaction zu verschaffen. — Der Buchdruckereibesitzer und Redacteur der „Sorauer Zeitung“, Fränkel zu Sorau, beschwert sich über verweigerter Einleitung der strafrechtlichen Verfolgung des Staatswalts Schmieder zu Sorau wegen Mißbrauchs seiner Amtsgewalt durch die Verschlagnahme mehrerer Nummern der „Sorauer Zeitung“.

Auch die Petition des Berliner Arbeiter-Vereins, die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes betreffend, ist bei dem Abgeordnetenhaus eingegangen; desgleichen eine Petition aus Königsberg, welche Preß-Beschwerden enthält und von einem ungewöhnlich starken Bude von Beweisstücken, gerichtlichen Erkenntnissen u. s. w. begleitet ist.

In Betreff des Antrages gegen den Beschluß des Ober-Tribunals bestand bekanntlich im linken Centrum eine Differenz, welche jedoch nur den Zeitpunkt der Einbringung und die geschäftliche Behandlung desselben betraf. Wie schon erwähnt, ist dieselbe jedoch ausgeglichen und es werden für den Hoyerbed'schen Antrag sämtliche Mitglieder des linken Centrums mit wenigen Ausnahmen stimmen. Eine Differenz machte sich ferner in sofern geltend, als von einer Seite gewünscht wurde, daß die Spitze des Antrages nicht gegen das Obertribunal, sondern gegen den Justizminister gerichtet werde. Diese Meinung findet in dem nachstehenden Amendement des Abg. Kannecker zum Hoyerbed'schen Antrage seinen Ausdruck:

In Erwägung, daß der Artikel 84 der Verfassung verordnet: „Die Mitglieder beider Kammern können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäftsordnung (Art. 78) zur Rechenschaft gezogen werden.“

In Erwägung, daß dieser Artikel nur die eine Auslegung gestattet, „daß jedes Strafverfahren außerhalb des Landtags wegen der dort gehaltenen Reden unstatthaft ist“, jede andere Auslegung mit der zum Schutze für die Wirksamkeit des Landtags unentbehrlichen Redefreiheit zugleich die Wurzeln des Verfassungslebens untergräbt;

In Erwägung, daß die Preussischen Gerichte diese in den Vor-



Schriften des Preussischen Rechts und den Grundsätzen der Rechtswissenschaft begründete Deutung des Art. 84 bis in die neueste Zeit befolgt haben, insonderheit das Königlich-Ober-Tribunal in den Entscheidungen verschiedener Senate (Erkenntnis des Disciplinarsenats vom 2. Mai 1861, Oppenhof, Rechtsprechung Bd. IV. S. 485; Erkenntnis des Strafsenats vom 11. Januar 1855, Oppenhof a. a. O. Bd. V. S. 415), vorzugsweise aber in dem Plenarbeschlusse des Strafsenats vom 12. December 1853 (Entscheidungen des Ober-Tribunals Bd. 26 S. 453) die Richtigkeit jener Auslegung bestätigt hat.

In Erwägung, daß dieser festen Rechtsübung des höchsten Gerichtshofes gegenüber und im Widerspruch mit dem Antrage des General-Anwalts in der im vorigen Jahre von jenem entschiedenen Sache am 14. Juni desselben Jahres die Königl. Staats-Regierung im Herrenhause durch den Ministerpräsidenten sich bereit erklärt hat: „weitere Versuche anzustellen, ob die Gerichte das Privilegium odiosum der unbeschränkten Redefreiheit anerkennen;“

In Erwägung, daß die Königl. Staatsanwaltschaft, als das der Leitung des Justizministers unterworfene Organ der Staatsregierung, seitdem die gerichtliche Verfolgung der Abgeordneten Zweien und Frenzel wegen ihrer Reden im Abgeordnetenhaus bei den Instanzgerichten und beim Königl. Obertribunal gestellt hat;

In endlicher Erwägung, daß der Strafsenat dieses Gerichtshofes der Zeit theilweise aus Hülfssrichtern besteht, deren Wahl und Berufung, so wie der Vorschlag der ordentlichen Mitglieder, zu den Rechten und Pflichten des Justizministers gehört;

beschließt das Haus der Abgeordneten: 1) das Unternehmen des Justizministers, die Verhaftung der Abgeordneten Zweien und Frenzel wegen ihrer Reden im Abgeordnetenhaus herbeizuführen, enthält eine Verletzung des Art. 84 der Verfassung. 2) Der Justizminister bleibt wegen dieses Eingriffs in die verfassungsmäßigen Privilegien der Volksvertretung und für dessen Folgen mit seiner Person verantwortlich. Art. 44. 61. der Verfassung.

Nach der „Rh. Ztg.“ hat Herr v. Schlieffmann, der am 29. Januar im Criminal-Senat des Ober-Tribunal präsidirte, die Ausarbeitung des Beschlusses selbst übernommen.

Der Rheinische Civil-Senat des Obertribunals verhandelte vorgestern abermals die Frage wegen der Stellvertretungskosten der Abgeordneten. Es handelte sich diesmal besonders um die Abgeordneten aus Hohenzollern und außerdem um 4 Rheinische Abgeordnete. Es wurde zunächst die Sache gegen den Kreisrichter Riefenstahl verhandelt. Justizrath Dorn war wiederum Vertreter der Abgeordneten. Man hoffte diesmal auf eine den Abgeordneten günstige Entscheidung, weil der Ober-Tribunalsrath Blömer, der bei der Verhandlung gegen den Abg. Müller durch Krankheit verhindert gewesen, an derselben Theil zu nehmen, diesmal der Sitzung beiwohnte, doch war inzwischen auch eine einigermaßen andere Zusammensetzung des Senats eingetreten, und die Majorität entschied wiederum, wie in den früheren Fällen, zu Ungunsten der Abgeordneten. Durch diese Entscheidung waren denn auch die übrigen noch vorliegenden Fälle mit entschieden. Wie die „Corr. Stern“ hört, hat die Zusammensetzung des Senats insofern eine Aenderung erfahren, als durch Verfügung des Chef-Präsidenten Uhden vom 1. Februar der Obertribunalsrath Eding, vom altländischen Senat dem Rheinischen Senat als Hülfssrichter überwiesen sein soll. Dadurch ist bei einer Zahl von 9 Mitgliedern die Entscheidung mit 5 gegen 4 Stimmen zu Gunsten des Fiscus herbeigeführt worden. Anlangend die Zugiehung des Obertribunalsrath Eding zum Rheinischen Senat walten namentlich unter den Rheinischen Juristen erhebliche Bedenken, mit Rücksicht auf die Beobachtung der im Ges. vom 17. März 1852, betreffend die Vereinigung der beiden obersten Gerichtshöfe enthaltenen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Rheinischen Senats ob. §. 3 dieses Gesetzes lautet nämlich: „Niemand kann die Stelle eines Präsidenten oder andern Mitgliedes des Rheinischen Senates bekleiden, welcher nicht mindestens vier Jahre als Präsident oder Rath bei dem Appellations-Gerichtshofe zu Köln, als vortragender Rath im Justizministerium für das Departement dieses Gerichtshofes, als Präsident oder Kammerpräsident bei einem Rheinischen Landgerichte, oder als General-Procurator, General-Advocat oder Ober-Procurator angestellt gewesen ist.“ Ferner bestimmt §. 2, daß zur Abfassung gültiger Beschlüsse des Rheinischen Senats die Anwesenheit von 7 Mitgliedern, den Vorsitzenden eingeschlossen, erforderlich ist. Und §. 5 endlich lautet: „Wenn jedoch irgend ein Senat des Obertribunals in Folge von Krankheit, Tod oder Abwesenheit einzelner Mitglieder die zur Abfassung gültiger Beschlüsse erforderliche Zahl nicht enthält, so kann derselbe aus jedem der anderen Senate ergänzt werden.“ Die in diesem §. enthaltene Voraussetzung der Ergänzung soll namentlich in der vorgestrigen Sitzung in keiner Weise vorhanden gewesen sein.

In dem juristischen Assessorenexamen, welches am vorigen Sonnabend mit Rheinischen Juristen vorgenommen worden ist, wurden die Examinanden durch Herrn Geh. Rath Weber sehr eingehend nach ihren Ansichten über die Rechtsverständigkeit des Geschäfts erfragt, welches die Köln-Mindener Eisenbahn mit dem Ministerium eingegangen ist. Herr Weber vertritt im Abgeordnetenhaus als Regierungs-Commissar die Behauptung, daß die Regierung zur Vornahme dieser Finanzoperation befugt gewesen sei. (Berl. Reform.)

Die „Pr.-Litth. Ztg.“, welche gleichzeitig in Gumbinnen und Königsberg erscheint, stößt in ihrer neuesten Nummer folgenden Schmerzensschrei aus:

In der vergangenen Woche ist unsere Zeitung drei Tage hinter einander, zweimal hier und einmal in Königsberg, polizeilich mit Beschlag belegt. In allen drei Fällen waren Artikel, welche den Beschluß des Obertribunals vom 29. Januar c. betrafen, die Veranlassung zu diesen polizeilichen Maßregeln. Wir sind uns bewußt, diese Beschlagnahme nicht im Entferntesten auch nur leichtsinniger Weise veranlaßt zu haben; wir haben in den incriminirten Artikeln gesagt, was zu sagen wir für unsere Pflicht hielten, zugleich aber sind wir auf das Sorgfältigste bemüht gewesen, Alles zu vermeiden, was uns mit den Strafgesetzen hätte in Collision bringen können. Ob uns dies gelungen, werden die späteren gerichtlichen Entscheidungen darthun. Inzwischen sind wir genöthigt, um der Fortexistenz der Zeitung durch die so oft sich wiederholenden polizeilichen Beschlagnahmen nicht zu große Schwierigkeiten zu bereiten, uns bei der Theilnahme der betreffenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zu beschränken, die glücklicherweise noch unter dem Schutze des §. 38 des Strafgesetzes stehen. Nach unseren bisherigen Erfahrungen müssen wir sogar ganz besondere Vorsicht bei der Wiedergabe von Artikeln aus anderen „Preussischen“ Zeitungen beobachten. Die Handhabung der hiesigen Preßpolizei, so wie die Praxis des Gumbinner Kreisgerichtes und des Appellationsgerichtes Insterburg ist eine solche, daß schon wiederholt Artikel, welche in anderen „Preussischen“ Zeitungen unbeanstandet und unverfolgt geblieben sind, hiernächst allein polizeilich confiscirt, sondern sogar gerichtlich verfolgt und verurtheilt worden sind.

Köln, 7. Februar. Vor dem hiesigen Justizpolizeigerichte begannen heute Vormittag die Verhandlungen wegen der von Seiten der Staatsbehörde incriminirten Vorgänge und Veröffentlichungen in Betreff des viel besprochenen Abgeordnetenfestes vom 22. und 23. Juli vorigen Jahres. So weit diese Vorgänge und Schriftstücke in der vorrätigen Sitzung bis zum Schlusse derselben verhandelt wurden, nahm das öffentliche Ministerium unter Annahme mildernder Umstände in allen bezüglichen Fällen Strafanträge auf 25 und beziehungsweise 50 Thlr. Geldbuße gegen Herrn Classen-Kappelmann und dieselben Anträge gegen den verantwortlichen Redacteur der „Köln. Zeitung“, so wie einen Strafantrag auf 50 Thlr. Geldbuße gegen den verantwortlichen Redacteur der „Kölnischen Blätter“. Die Publication der diesfälligen Urtheile wurde auf

acht Tage ausgesetzt. Die weiteren Verhandlungen werden heute Nachmittag fortgesetzt.

**Frankreich.**

Paris, 5. Februar. In der inneren Politik herrscht große Stille, die erst durch die Abredebatte unterbrochen werden wird. So bleiben die Beziehungen zur Regierung von Washington immer im Vordergrunde. Nach den Schilderungen, welche der „Courrier des Etats Unis“, das Organ des Marquis v. Montholon, von der Lage der Dinge am Rio Grande entwirft, waren dort schon seit einiger Zeit die Reibungen an der Tagesordnung und die Spannung in stetem Steigen. Der in juristischen Diensten getretene General Crawford hat durch seinen Stabschef Reed förmliche Officierspatente ausstellen lassen; er war dazu von Suarez mit einer Vollmacht versehen, die ihn mit der Bildung einer Division beauftragte. Seine Leute waren natürlich ausschließlich Nordamerikaner, und es scheint vor dem Angriffe auf Bagdad sich eine gewisse Fusion zwischen ihnen und den Soldaten des Weizelschen Corps entwickelt zu haben. Bei Bagdad war schon in den letzten Tagen des December ein Schooner gestrandet, der mit Waffen und Munition auf Rechnung eines in Brownsville ansässigen Lieferanten des Weizelschen Corps befrachtet war. Die Behörden von Bagdad hatten jedoch die Ladung, als für die Juaristen bestimmt, mit Beschlag belegt. Die juaristischen Befehlshaber Cortinas und Escobedo hatten verschiedene Zusammenkünfte mit Crawford. In der Nacht vom 2. zum 3. Januar versuchten dann zuerst 10 Mann vom 19. Negeregiment unter Anführung des Lieutenants Murphy, sich eines Kaiserlich Mexikanischen Kanonenboots durch Ueberfall zu bemächtigen, wobei sie aber zurückgeschlagen wurden und einen Mann verloren; Murphy soll in Folge dessen entlassen werden. Am 5. bemächtigte sich dann bekanntlich eine Schaar von etwas über 100 Negerjünglingen durch Ueberrumpelung Bagdads. Die Garnison, etwa 150 Mann stark, wurde in den Betten überfallen und gefangen genommen. Die Stadt wäre hierauf geplündert worden. Durch die Kanonade zwischen dem französischen Kriegsschiff und den „Freibeutern“ sollen auf beiden Seiten zusammen 31 Tödtliche geblieben sein. Nach Nachrichten aus Matamoros rückten 1300 Kaiserliche von dieser Stadt gegen Bagdad vor.

Der Juavenproceß in Mexiko ist am 20. December beendet worden. Es erschienen 32 Angeklagte vor dem Kriegsgericht, doch hatte die Voruntersuchung, so wie die Vernehmung der Zeugen dem Bericht des Gouverneurs von Martinique zuwider dargelegt, daß es sich nicht um einen Act bewaffneter Rebellion, sondern nur um eine von berauschten Soldaten begangene Auflehnung gegen die Disciplin handelte. Auch fiel die schwere Anklage weg, daß die durch ihre Einschließung im Fort in Wuth versetzten Juaven die französische Fahne heruntergerissen und zerrissen haben sollten. Der Spruch fiel nichtbestoweniger scharf aus. Fünf Juaven wurden zum Tode, 3 zu zehnjähriger, 4 zu siebenjähriger, 10 zu fünfjähriger, 4 zu dreijähriger, 2 zu sechsmonatlicher Zwangsarbeit verurtheilt; 4 wurden freigesprochen.

Die „Patrie“ erfährt durch Privatnachrichten, die ihr aus Aden unterm 22. Januar zugehen, daß der Englische Gouverneur eine Expedition gegen die Araber ausgesandt hatte, um sie zu zwingen, die Halbinsel zu verproviantiren, und daß diese Expedition zurückgeschlagen worden ist. Die augenblickliche Krisis soll eine der bedeutendsten sein, welche die Engländer noch zu bestehen gehabt haben. Sie machen große Anstrengungen, ihren Besitz zu behaupten, da Aden am Ausgang des Nothen Meeres für sie von besonderer Bedeutung ist.

Der „Moniteur“ zeigt an, daß die erste Auflage des auf Anregung Frankreichs ausgearbeiteten internationalen Signal-Buches für die Handels-Schiffahrt vollendet und bereits ein Exemplar desselben dem Kaiser von dem Marine-Minister überreicht worden ist. Herr Larins vom Handels-Amte und der französische Linienschiffs-Lieutenant Sallandrouze de Lamornaix waren mit der Leitung dieser schwierigen und umständlichen Arbeit beauftragt, die gleichzeitig in Französischem und Englischem Text erschienen ist. Es haben bereits verschiedene Regierungen ihre Bereitwilligkeit zur Annahme der französisch-Englischen Signallprache erklärt; die übrigen seefahrenden Nationen sollen gleichfalls, im allgemeinen wie in ihrem eigenen Interesse, eingeladen werden, ihre Zustimmung zu erteilen. Bei dem zwischen Frankreich und England bestehenden guten Einverständnis, giebt sich der „Moniteur“ der Hoffnung hin, daß die große Friedens- und Civilisations-Zee einer allgemeinen Seesprache ihre Verwirklichung finden werde.

Nach dem diesjährigen Budget erhalten 5 Pariser Theater zusammen eine Staatsunterstützung von jährlich 1,500,000 Frs., nämlich die große Oper 820,000, das Théâtre français und die komische Oper je 240,000, das Odeon und das Théâtre lyrique je 110,000 Frs. Außerdem erhält das Conservatorium 222,000 Frs. Für außerordentliche Befoldungen, Entschädigungen zc. des Beamtenspersonals werden außerdem noch 15,000 Frs. ausgegeben. Die Aufmunterungen und Unterstüzungen, welche den Künstlern und Schriftstellern, sowie ihren hilfsbedürftigen Familien und Hinterbliebenen auf außerordentlichem Wege bewilligt werden können, belaufen sich auf 254,000 Frs. Für die jährlichen Kunstausstellungen sind 315,000 Frs. für die Festlichkeiten des 15. August 200,000 Frs. bewilligt. Endlich verwendet der Staat auf die Erhaltung historischer Kunstdenkmäler die Summe von 1,100,000 Frs. — Die Tantiemen, welche im Jahre 1865 die Pariser Theater den Bühnendirectoren und Componisten bezahlten, betragen 1,295,000 Frs., 46,000 Frs. weniger als im verfloffenen Jahre. Der Ausfall rührt wohl von dem geringeren Zustrome von Fremden her, welche durch die im Herbst hier ausgebrochen Cholera ferngehalten wurden.

**England.**

Parlaments-Verhandlungen am 2. Februar. Im Oberhause saßen um 2 Uhr die Königl. Bevollmächtigten in ihren rothen Röden wieder vor dem Throne. Wieder wurde der Schwarze Stab nach dem Unterhause entandt; und nach wenigen Minuten erschien der von den Gemeinen zum Sprecher erwählte Right Hon. E. Denison in Begleitung von Lord Charles Russell, Mr. Gladstone, Sir G. Gren und einer Anzahl anderer Mitglieder des Unterhauses vor der Schranke, machte den Bevollmächtigten seine Verehrung und zeigte an, daß die Wahl auf ihn gefallen. Der Lordkanzler erwiderte, daß er den Auftrag habe zu versichern, daß Ihre Majestät, den Eifer und die Befähigungen des Erwählten kennend, die Wahl bereitwillig gutheisse und bestätige. Darauf der Sprecher: Mit tiefer Achtung und Dankbarkeit beuge ich mich den Befehlen Ihrer Majestät, und es ist jetzt meine Pflicht, im Namen und Auftrage der Gemeinen des Vereinigten Königreichs durch unterthänige Petition an Ihre Maj. für die Gemeinen ihre uralten unbewinkelten Rechte und Vorrechte, namentlich die Freiheit von Verhaftung und Belästigung ihrer Personen und Diener zu fordern; Freiheit der Rede in der Debatte und freien Zutritt zu Ihrer Majestät, so oft eine Veranlassung dazu vorhanden ist, so wie daß allen Verhandlungen der Gemeinen die günstigste Auslegung gegeben werde; und für mich selbst bitte ich unterthänig, daß etwaige Irrthümer, die in der Erfüllung dieser Pflichten vorkommen mögen, mir allein zugeschrieben und nicht Ihrer Majestät getreuen Gemeinen zugeschoben werden. Der Lordkanzler erklärte sich darauf beauftragt, ihm anzuzeigen, daß Ihre Majestät alle von ihren Königl. Vorgängern den Gemeinen jemals gewährten oder verliehenen Rechte und Vorrechte bereitwillig bestätige; und daß sie das Reden und Thun des Sprechers selbst stets auf das Günstigste auslegen werde, obgleich wohl wissend,

daß er einer solchen Zusage nicht bedürfe. — Der Sprecher verbeugt sich und entfernt sich. Die Königl. Bevollmächtigten ziehen sich zurück um ihre Röden abzulegen; dann wird bis fünf Uhr geschworen und das Haus verläßt sich bis Montag.

Im Unterhause nimmt der Sprecher um 2 Uhr seinen Sitz ein, aber noch nicht in seiner vollen Amtsacht, sondern ohne Staatsrobe und mit einer bloßen Stutz — anstatt der Allongeperücke auf. Während der kurzen Zeit vor der Ankunft des „Schwarzen Stabes“ vertreiben sich die ehrenwerthen Gentleman mit Ordnungsrufen die Langeweile. Jeden Augenblick begehrt einer der Neulinge einen Verstoß gegen den Brauch des Hauses; er unterläßt es z. B. den Hut zu liften, wenn er eintritt oder quer über den Saal geht und wird verlegen darüber, daß er gleich zu Anfang der Session zur Ordnung gerufen wird, während die Versammlung in herzliches Lachen ausbricht; oder er übertreibt die Etikette und bleibt mit dem Hut in der Hand sitzen, was nicht geringere Heiterkeit erregt. Aber auch ältere Mitglieder vergessen sich oft, und dann ist der Jubel um so lauter. Endlich erscheint der Schwarze Stab, der Sprecher geht, kehrt nach 10 Minuten zurück, meldet die Bestätigung seiner Wahl und erinnert das Haus, daß nun die Vereidigung an der Reihe ist. (Lange wird nun der Sprecher nicht mehr so viel zu sprechen haben wie an diesem Tage.) Nachdem der Sprecher selber zuerst allein geschworen hat, ruft der Secretär oder Schreiber die Namen der zu vereidigenden Mitglieder aus. Jeder der Gerufenen tritt an den Tisch und erhält eine Karte, auf der die Eidesformel gedruckt steht, und ein Exemplar des Neuen — mehrere des Alten — Testaments. Sobald der Kreis um den Tisch voll ist, liest der Schreiber laut die Worte des Eides vor, und die Masse der Schwörenden antwortet mit einem Gejamm, wie es in der Kirche gehört wird. Nachher schreibt der Gentleman seinen Namen auf die Liste, und wie er am Sitz des Sprechers vorbeigeht, wird er diesen von einem anderen Beamten des Hauses vorgestellt, der mit lauter Stimme seinen Namen und Wahlort nennt. Hierauf setzt sich der Vorgestellte auf seinen Plaz. Auch in der Reihenfolge der Vereidigung herrscht einige Etikette, indem in den leitenden Mitgliedern der Regierungs- und Oppositionspartei der Anfang gemacht wird. Den Reigen eröffnet Mr. Gladstone mit Sir G. Gren, Mr. Layard, Mr. Disraeli, Sir J. Balfour u. s. w. Im Ganzen kommen 151 Mitglieder in vier Abtheilungen an die Reihe. Das Haus verläßt sich 20 Minuten nach 4 Uhr Nachmittags.

London, 5. Februar. Im Norden Englands, namentlich in den Fabrikgegenden, ist der Wunsch nach einer Paramentarische Reform am lebhaftesten. So fand in Hanley (Chester) ein Meeting statt, bei dem ein Schreiben von Mr. Grenfell verlesen wurde und große Entrüstung hervorrief, weil er sich zwar darin als Reformfreund aussprach, aber der Meinung war, daß viele Verwaltungs- und Gerichtsreformen eben so dringend und vielleicht dringender seien als die Herabsetzung des Wählercensus. Mr. Bright schrieb an das Meeting und ermahnte alle Reformfreunde, die Regierung energisch zu unterstützen.

Aus Dublin wird gemeldet, daß die Special-Untersuchungs-Commission am 2. d. M. ihre Arbeit beendet hat. Der Attorney-General erwähnte in seiner Schlussrede mit Vereidigung, daß von den 41 durch die Krone Angeklagten 36 durch die Geschworenen schuldig befunden wurden, 3 wurden freigesprochen und nur in einem einzigen Falle hatte die Jury sich nicht einigen können. Die beiden Richter Keogh und Fitzgerald dankten der Jury für ihren unverbrochenen Fleiß. — Seit dem 2. d. sind übrigens wieder mehrere Bezirke in verschiedenen Grafschaften unter die Ausnahmsgesetze gestellt.

London, 6. Februar. Die Ungewißheit, wie die Königin sich bei der Parlaments-Gröffnung benehmen werde, hatte die Neugierde diesmal in ungewöhnlichem Grade rege gemacht. Schon vorher hieß es mit Bestimmtheit, daß sie die Thronrede nicht selber verlesen werde, weil sie besorge ihre Rührung nicht verbergen zu können, wenn sie zum ersten Male seit dem Tode ihres Gemahls vor dem Parlamente erscheine. Und so geschah es. Die Königl. Kleidung lag auf dem Throne; die Königin trug ein dunkles Sammtkleid mit einem Brustschmuck und Diadem von Diamanten. Die Hofdamen waren schwarz, die Prinzessinnen weiß gekleidet. Der Kanzler verlas die Thronrede, während die Königin unverwandt zu Boden schaute. Den Saal verlassend, umarmte die Königin die Kronprinzessin und trückte dem Prinzen Christian die Hand. Der Empfang der Königin auf der Straße war stellenweise lebhaft.

Der Berliner „Times“-Correspondent berichtet ausführlich über die jüngste Entscheidung des Ober-Tribunals, man kann sich denken in welcher Weise. Er versichert, unter 100,000 gebildeten Preußen gebe es kaum einen einzigen, der nicht auf Seiten der Redefreiheit der Abgeordneten stehe.

Das Jahr 1865 ist für England ein sehr ungesund gewesen, zumal für die Grafschaften York und Lancaster. Der von der obersten Civilstandsbehörde veröffentlichten Rückschau zufolge stellte sich die Sterblichkeit um 1,25 über den aus dem vorhergegangenen Jahre berechneten Durchschnittssatz von 23,41 per Tausend. Wenn den Sanitätsbehörden neben den Zahlen Bristol 23,5, London 24,4, Birmingham 24,5, solche Angaben wie Manchester 32,98 und Liverpool 36,98 per Tausend in die Augen fallen, so mag es ihnen eine ernste Mahnung sein, die Gesundheitsverhältnisse der beiden Fabrikstädte einer tiefgehenden Erforschung zu unterziehen. Wind und Wetter und andere Einflüsse, denen Menschenmacht nicht zu gebieten vermag, haben so grelle Contraste nicht herbeiführen können; es müssen Ursachen gewesen sein, welche innerhalb des Bereiches menschlicher Abhülfe liegen.

**Amerika.**

London, 7. Februar, Abends. Reuters Office“ meldet: New York, 27. Januar, Morgens. General Crawford ist in New-Orleans verhaftet und auf General Sheridan's Befehl nach Fort Jasco gebracht worden. Nach Briefen aus Brownsville vom 7. v. M. besteht die Schaar, welche Bagdad eingenommen, hauptsächlich aus Abenteurern, Schreibern und Müßiggängern. Der Plan zum Angriff war ohne jede Kenntniss entworfen und ausgeführt. — Staatssecretär Seward war am 17. in Havannah angekommen. (W. L. B.)

**Der Wasserweg zwischen Weichsel und Neze.**

\* Berlin, 6. Februar. Von 30 namhaften Firmen hiesiger Holzhändler ist unter dem 2. d. Mts. die nachstehende Eingabe an das Ministerium für Handel zc. abgesandt:

Einem Königl. Hohen Ministerium erlauben wir uns im Interesse des Handels eine kurze Darlegung der Nothstände im Wasser-Verkehr zwischen Weichsel und Neze gesamt zu unterbreiten.

Zuvörderst müssen wir anführen, daß der Holzhandel zur Zeit ganz andere Bezugsquellen gesucht hat und der Verkehr sich vorzugsweise auf Zufuhren von der Weichsel, aus Rußland, Polen und Galizien angewiesen sieht, indem sowohl von der Ober-, als Warthe die Bedürfnisse nicht genügt werden kann; dagegen bieten obige Länderstrecken noch reiche Vorrathskammern, welche auf lange Jahre den Bedarf decken, wenn schon entferntere Transportwege zum fließbaren Wasser benutzt werden müssen.

Diesen stets wachsenden Verkehr hemmt die Unzulänglichkeit des Wasserweges durch den Bromberger Canal und hauptsächlich die Communication auf der unteren Braa bis zu diesem.

Als großer Uebelstand ist die nicht ausreichende Speisung des Canals aus der alten Neze hervorzuheben und wäre zur Beseitigung dieses Maaßels eine neue Wasserzuführung, vielleicht aus dem oberen Laufe der Braa, oder den benachbarten Seen zu ermöglichen. Jedoch ein größeres Hemmnis wird durch die Fortschaffung der Hölzer und Schiffsgelände von der Weichsel auf der stark strömenden unteren Braa bis zum Canal hervorgerufen, welche mit großen Schwierigkeiten und Kosten durch Pferde bewerkstelligt werden muß. Bevor jedoch die Holzmassen zum Treiben in den Canal gelangen können, müssen sie oft zwei, drei bis vier Monate auf der Weichsel lagern und es erwachsen daraus den Beteiligten sehr erhebliche Wemachungsspesen,



**Schwedt, den 30. Januar 1866.**  
**Königl. Kreisgerichts-Deputation.**  
Der Commar des Concurtes.



## Bekanntmachung.

Die in unserem Stadthort im nächsten Frühjahr zu gewinnende Eichenborte, etwa 200 Klaftern, soll zum meistbietenden Verkauf gestellt werden und erjuchen wir geeignete Kaufliebhaber, desfallige Offerten noch bis zum 1. März d. J. portofrei uns zuzufenden zu wollen.

Pyritz, den 26. Januar 1866.

[593]

### Die städtische Forst-Deputation.

#### Nach Königsberg i. Pr.

wird bei genügender Ladung prompt expedirt  
A. I. Dampfer „der Preusse“, Capt. Heydemann.  
[627] Neue Dampfer-Compagnie.

### Nach Memel

segelt in einigen Tagen und hat noch Raum für kleine Güter das A. I. Schiff „Aries“, Capt. Ahrndt.  
Anmeldungen erbittet [607]

Julius Fritz.

### Schiffs-Verkauf.

Das hier im Hafen liegende Galeas-Schiff „Friederita“, bisher geführt vom Capitän Rahner, 115 Lasten groß, steht zum Verkauf und habe ich auf den 12. Februar d. J., Morgens 10 Uhr, in meinem Hause dazu einen Termin angesetzt, wozu ich Kaufliebhaber hierdurch einlade.  
Wolgast, den 3. Februar 1866.

Joh. Friedr. Vogel,  
Correspondent-Beher des Schiffes  
„Friederita“.

[562]

Das im Jahre 1856 hier von Eichenholz erbaute Schiff „Delphin“, bisher geführt vom Capitän E. Siemert, tüpferfest und gekupfert, 350 Normallasten gemessen, soll Mittwoch, den 21. Februar, Nachmittags 4 Uhr, durch mich in meinem Comptoir öffentlich an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verkauft werden.

Das Schiff liegt im hiesigen Hafen und kann jeder Zeit in Augenschein genommen, auch das Inventarium auf meinem Comptoir eingesehen werden.

Willau, den 31. Januar 1866.

Fritz Dultz.

### Schiffs-Verkauf.

Das im hiesigen Hafen liegende Briggschiff „Lina“, 179 alte Lasten groß, bisher geführt vom Capt. S. S. Suhr, soll auf Antrag der Rheerei öffentlich verkauft werden und habe ich dazu einen Termin auf Donnerstag, den 15. Februar, Nachmittags 3 Uhr, in meinem Comptoir angesetzt. Das Schiff ist 1850 gebaut, 1865 neu verholzt und hat mit 18½ Reel Gasföhlen beladen einen Tiefgang von 13½ Fuß.

Inventarium und Bedingungen sind jederzeit bei mir einzusehen.

Stettin, den 3. Februar 1866.

W. Gelseler.

### Schiffs-Verkauf.

Das für meine eigene Rechnung auf meiner Werft auf Stapel stehende, nach der neuen Vermessung circa 40 Last große Fahrzeug beabsichtige ich zu verkaufen. Das Schiff ist im Bau soweit vorgeschritten, daß mit der inneren Verplanung angefangen werden soll und wird dasselbe im Juni dieses Jahres frei von aller Zimmermannsarbeit abgeliefert werden können. Kaufliebhaber bitte ich das Schiff zu besichtigen und mit mir in Unterhandlung zu treten, auch bin ich gern bereit auf frantirte Anfragen nähere Auskunft zu erteilen.

J. W. Sadelkow,  
Schiffsbaumeister.

[478]

[620] In einer größeren Provinzialstadt ist ein Haus mit bedeutenden Räumlichkeiten, in welchem Material-Geschäft und auch Getreidehandel betrieben wird, zu verkaufen.

Reflectanten, welche eine Anzahlung von 4000 R. machen können, erfahren Näheres durch die Expedition der Ostsee-Zeitung unter W. K. C.

**Fromage de Brie et de Neufchatel**, Engl. Chester, weißen und grünen Schweizer, Holl. und Edammer, Limburger, Sahnens, Parmesan- und Tyroler Alpen-Räse empfehlen  
[624]

**Francke & Laloi.**

#### Sellerwaren

in verschiedenen Sorten, wie Bindfaden, Riemenfaden, Segelgarn, Packstricke, Tauen, Gurten, Stränge zc. lasse ich arbeiten und empfehle dieselben namentlich Wiederverkäufern. Mit Preiscurant stehe zu Diensten.

S. Eichelbaum.  
Insterburg i. Ostpr.

## Für Mühlenbesitzer.

Eine neue Art Mühlsteine, welche alle bisher bekannten in- und ausländischen Mühlsteine in Qualität übertreffen, und dennoch billiger sind wie die Französischen Steine, empfiehlt und nimmt Bestellungen darauf an  
[618]

**Carl Kohle,**

Berlin, im Febr. 1866.

Alte Grünstr. Nr. 16.

**Mit dem Schiffe „General Falkett“,**  
Capt. Volkmann, traf unsere erste Abladung  
**Mess. Apfelsinen und Citronen**

in Hamburg ein und erhalten dieselben in Sil- und Güterzug. Wir empfehlen davon unseren hiesigen und auswärtigen Geschäftsfreunden.  
[580]

**Francke & Laloi.**

[581] Ein höchst solider, sehr eleganter eiserner Geldschrank ist ausserordentlich billig zu haben bei S. Salomon, Heumarkt Nr. 3.

Hierdurch beehre ich mich meine bekante feine Qualität  
**Schlammfreide**

zum niedrigsten Preise, ab hier sowohl als auch bei billigster Frachtberechnung nach außerhalb, verbunden mit der ergebenen Anzeige zu empfehlen, daß meine, den Herren **Behnke & Fock** in **Stettin** gegenüber gebaute Lieferungs-Verbindlichkeit aufgehört, und daher die Herren Grossisten um gefällige Aufträge bitte.

Hochachtungsvoll  
Magnus Küster in **Sakitz** auf Rügen.

## Glashüttenwerke Neufriedrichthal bei Uez.

1. Halbweißes Tafelglas in 2 Qualitäten,
2. Wein-, Bier-, Mineralwasser- u. Viqueurflaschen in grün, braun, schwarz und halbweiß,
3. Mit Weiden besponnene Flaschen, mit Deckel gegen Entwendung versichert, von 1 bis 14 Quart Inhalt,
4. Halbweißes Medicinglas.

Aufträge erbitten wir uns unter obiger Adresse.

[629]

**Sckönemann & Itzinger.**

Hamburg, 7. Februar. Disconto 4½ a 5 %.

## Frische Stralsunder Bücklinge

[625]

empfehlen

**Francke & Laloi.**

### Lebende Karpfen, Fracht-Exemplare,

von 3 bis 15 Z schwer, empfiehlt

[616]

**H. Lewerentz.**

### Prima wasserhelles Pennsylvanisches Petroleum,

aus den in Geestemünde löschenden Schiffen „Jessie Campbell“ und „Pudel“,

empfiehlt billigt  
[529]

**Robert Wehlitz.**

[566]

### Wichtig für Brauer!

2500 Centner gutes helles Brauer-Malz offeriren in beliebigen Posten

**Krahmer & Bauer** in **Danzig.**

### 100 Ctr. Niesen-Spörgel-Samen

(Spergu a maxima), offerirt im Ganzen, auch getheilt, zu billigem Preise  
[563]

**Julius Musolf** in **Bromberg.**



der Halbbluthengst **Hector** für 3 R. 15 Sh. incl. Stallgelb. der Percheronhengst **Neptun** für 3 R. 15 Sh. incl. Stallgelb. Die Fedgelber werden gleich bezahlt, auch fremde Stuten für 7½ R. Futterkosten pro Tag ausgenommen.  
[320]

## Neue Anerkennung

der vorzüglichen Wirkung des Hoff'schen Malztract-Geundheitsbiers aus der Brauerei des Hoff'schen Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmstraße 1.

Blankenburg a. S., 1. November 1865.

„Die Frau Präceptorin Henriette Kesselring hat den Hoff'schen Malztract mit glücklichem Erfolge angewandt und findet sich durch dessen Gebrauch bei ihrer Schwäche wesentlich gestärkt. Nachdem sie aus der Niederlage bei Herrn Fischer allhier zu verschiedenen Malen dieses Medicament gekauft hat, so bittet sie nunmehr um fernere directe Zufendung zc.“

Der General-Superintendent **Dr. C. Venz.**

Aus der Lehr- und Erziehungs-Anstalt des Herrn Heinrich Flato in Boizenburg in Mecklenburg erhielt Herr Hoff'scher Johann Hoff, Neue Wilhelmstraße 1 in Berlin, folgendes Schreiben, d. d. 27. October 1865: „Sie wollen mir gef. eine Quantität Ihres Malztract-Geundheitsbiers zuwenden; es scheint meinen zwei kranken Söhnen gut zu bekommen zc.“

**Heinrich Flato.**

Endlich schließen wir daran den Bericht einer Armenschwestern vom heil. Franziskus in Flensburg, d. d. 27. October 1865: „daß das den Kranken des dortigen Hauses dargereichte Hoff'sche Malz-Extract-Geundheitsbier eine gute Wirkung erzielt habe.“

Niederlage in **Stettin** bei

**Matthaeus & Stein,**

[422]

Krautmarkt 11.

Wegen Aufgabe meines Geschäfts stelle ich das vollständige Inventarium desselben zur Anlage oder Vergrößerung einer Oefenfabrik, namentlich ein Gipselwerk zu einem Zehnschneider und zwei Glasurmühlen, sämtliche Formen, Materialien zc. zum Verkauf. Reflectanten bitte sich in portofreien Briefen an mich zu wenden.

[569]

**Dannien,** Oefenfabrikant in **Stettin,**  
Rosengarten 32.

Der Unterzeichnete wünscht mit einem Fabrikanten, der Dachpappe (im rohen Zustande) verfertigt, und dieselbe zu soliden Briefen verkauft, in Unterhandlung zu treten, und bittet Reflectirende, ihre Offerten franco einzusenden.  
**Ribnitz i. Mecklb.** **H. Muhl.**

## Merinos français

Meine Rambouilletböcke stehen bis 8. Febr. in fürs Viehfrug, Invalidenstr. 76.  
**Berlin.** [555]

**Behmer, Hirschelstraße 39.**

[622] Wir beehren uns hiermit anzuzeigen, daß wir heute unter der Firma:

**Reichel & Tschöcke**

am hiesigen Plage ein

**Waaren- und Producten-Commissions-Geschäft**

errichtet haben.

Gestützt auf langjährige Erfahrungen im In- und Auslande und ausgerüstet mit angemessenen Fonds erlauben wir uns unser Unternehmen zu empfehlen und um geneigte Ertheilung von Aufträgen zu bitten.

**Breslau,** den 1. Februar 1866.

**Heinrich Reichel,**  
**Otto Tschöcke.**

## Schuppocken-Impfung!

[630] Die Versendung von ächter, nicht von Menschen entnommener, **Ruhpocken-Lymphe** oder der **Ruhpocken** selbst geschieht zu dem Preise von 3 R. von  
**Dr. Wiffin** in **Berlin,** Dorotheenstr. 64.

[513] Das Grundstück in Neufahrwasser bei Danzig:

### Hôtel de la Marine,

unmittelbar am Hafen, dicht beim Königl. Zoll-Amte und unfern des projectirten Eisenbahnhofes gelegen, ist wegen andauernder Kränklichkeit des Besitzers ohne Einmischung eines Dritten sofort zu vermieten resp. zu verkaufen.

In demselben befinden sich:

- 1) eine Restaurations-, Hotel- und Schank-Gelegenheit;
- 2) ein Ladenlocal nebst Wohnung, worin bisher ein Material- und Schiffs-Providant-Geschäft betrieben;
- 3) ein Comtoir mit Eingang von der Straße;
- 4) eine freundliche Wohnung, bestehend aus 4 Stuben, Küche, Keller und Boden.

Außerdem hat das Grundstück großen Hofraum und bedeutende Speicher-, Stall- und Remisen-Gelegenheiten, wodurch es sich besonders zum Expeditions-Geschäfte eignen würde. Näheres daselbst.

**C. Wagner,**  
Hafenstraße Nr. 7.

Die Bel-Etage unseres Hauses, Bladrinstr. Nr. 14, bestehend aus 5 heizbaren Zimmern, Kammer, Küche und sonstigem wirthschaftlichen Zubehör, ist zum 1. April c. zu vermieten.  
[500]

**Doebel & Eickhoff.**

Der hochgeehrte Kaufmannschaft zu **Cammin, Stettin, Greifenberg und Gölzow** erlauben sich die Jachtenschiffer **Fr. Zühlke, Fr. Pust, J. Kammerer u. Consorten** zu **Cammin** ergebenst anzuzeigen, daß sie unter sich einen Verein zum Transport von Kaufmannsgütern zc. gestiftet haben und als Reibefahrer **Zühlke u. Consorten** ferner fungiren werden. Hierdurch soll dem wahrheitswidrigen Verbreiten, welches der zweite Reibefahrer-Verein **Cammins** ausbebrach hat, als hätten wir **Zühlke** und **Gedröder Pust** die Jachtenschiffahrt niedergelegt, begegnet werden. Für reelle und prompte Ausführung der uns werdenden Aufträge leisten wir wie früher die vollständigste Gewähr.  
[631]

[601] Zum Verkauf von **Kienöl, Pech** und **Theer** wird ein Agent gesucht. Adressen sub **N. N. 10** i. d. Exp. d. Bl. erbeten.

## Die Schrot'sche Kur

heilt noch solche Krankheiten, welche mit Medicin unheilbar sind, wie ich mich bei Andern und mir selbst überzeugt habe; denn ich litt seit 5 Jahren an so heftigen Brustkrämpfen, daß ich oft kaum athmen konnte und das Bett hüten mußte. Kein Arzt konnte helfen, einige erklärten mein Leiden für unheilbar, weil die Lungenbläschen erweitert wären, worauf ich mich an den Herrn Dr. **Körner** in **Wolgast** wandte, welcher mich in 10 Wochen völlig herstellte. So heilte er Kranke, welche nirgends Hilfe finden konnten, von Magenkrämpfen, Gelbsucht, Bleichsucht, Flechten, Augenentzündung, Drüsenverhärtung, Brustwarzenfurcht, Knochenfraß, Lähmungen u. s. w., welche Heilungen zum Theil in der Zeitschrift: „Rückkehr zur Natur“ mitgetheilt sind. Eine Patientin litt an so heftigen Krämpfen, daß sie oft Tag noch Nacht Ruhe hatte, und es ein wahrer Jammer war, dies Leiden mit anzusehen. Ich halte es daher für meine Pflicht, solche Leidende, welche nirgends Hilfe finden können, auf diese Kur aufmerksam zu machen, um ihnen Trost in ihren Leiden zu geben.  
[617]

**Altentischen auf Rügen.** **Minna Nieß.**

In meinem Getreidegeschäft findet ein mit der Buchführung vertrauter junger Mann, so wie ein Lehrling mit guten Schulkenntnissen eine Stelle. Näheres brieflich oder mündlich.

**Schivelbein,** den 6. Februar 1866.

[621]

**M. Senff.**

[597] Ein tüchtiger **Seifensiedemeister**, im Besitz vorzüglicher Zeugnisse, sucht anderweitiges Engagement.  
**Franco-Adr.** sub **R.** werden in der Exp. d. Bl. erbeten.

Für mein Manufactur-, Kurz- und Material-Waaren-Geschäft suche sogleich einen Lehrling.  
**Tuck,** Reg.-Bezirk Marienwerder.

**J. P. Pinsohn.**

[648] Ein Commis, welcher 6 Jahre incl. j. Lehrzeit in einem Wein-, Commissions- u. Expeditions-Geschäft hieselbst thätig gewesen, sucht ein Engagement und bittet Adr. i. d. Exped. d. Bl. sub **F. 7.** abzugeben.

[604] Zu einem lucrativen, sicheren Unternehmen wird ein Capital von 5–6000 Thlr. unter den günstigsten Bedingungen baldigst gesucht.  
Gefällige Offerten werden unter Chiffre **S. J. Stettin** durch die Expedition dieses Blattes erbeten.

[576] Zu einem soliden rentablen Holz-Fabrikgeschäft wird ein Theilnehmer mit 5– bis 8000 Thaler disponiblen Vermögen gesucht. Adressen werden unter **G. & G.** in der Exped. dieses Blattes erbeten.

[549] In meinem Hause Bladrinstr. Nr. 3 h. find 1 Comtoir, 2 Waarenböden und 1 Lagerkeller sofort oder am 1. März c. miethsfrei.  
**Wm. Finger.**

In meinem Speicher Nr. 19 ist eine Remise sofort zu vermieten.  
[574]

**Ferdinand Brumm.**

**Als Laden oder Comptoir** [537]

sind zum 1. April die Parterre-Räumlichkeiten Neuen Markt Nr. 9 zu vermieten.

Durch **J. Scheible** in **Stuttgart**, sowie durch alle Buchhandlungen **Stettins, Pommerns, Preußens**, können folgende Werke bezogen werden:  
**Holler, Martin,** Jesus meine Liebe gekreuzigt. Das ist: Herzzerrendes und unbefriedigendes Betrachtungen des allerhöchsten unschuldigen Leidens und bitteren Kreuzestodes unseres hochverdienten Heilandes. In 9 gottseligen Andachten. Allen hochbetäubten und unter der schweren Sünden- und Kreuzelast ängstlich schwitzenden Christenherzen zu süßem Trost und fröhlicher Heiligung. Getreu nach der ersten Original-Ausgabe des berühmten Buches. Prachtausgabe auf Schreibpapier. 28 Sgr.

**Aug-Stilling,** Die Pilgerreise zu Wasser und zu Lande, oder Denkwürdigkeiten der göttlichen Gnadenführung und Verheißung in dem Leben eines Christen, der solche reichlich an sich erfahren hat auf dem Läuterungs-, Prüfungs- und Heiligungsweg. Nebst einer Abhandlung von der Dignität, als der Reinigung durch das Blut Christi. Neue durchgesehene Auflage in prächtiger Ausstattung. 1 R. 12 Sgr.

**Wanag,** der biblische Wunder-Medicus; oder von den Grundursachen der Krankheiten und deren sicherer Heilung nach klaren und geheimnißvollen Anweisungen in der heiligen Schrift. Von Einem, der die Wunder solcher Arzneien bei gläubigem Gebete selbst erfahren und an Andern gesehen. Neue Auflage. 11 Sgr.

**Der Weg zum Heil,** in drei Briefen nach der Kürze und in großer Einfachheit unter drei Graden des Glaubens vorgestellt. Sammt einem Anhang: Kern des Christenthums. Uebermal neue Auflage. (Vortreffliche Ausstattung, 24 Seiten auf feinem Schreibpapier). 16 Sgr.

Ein Freund des längst heimgegangenen **Valaten Fr. Chr. Oettinger** berichtet von diesem Buche: „Während seiner Krankheit traf ich ihn einst über dem Lesen dieses Werkes. Seine ganze Seele war mächtig ergriffen von der evangelischen Herrlichkeit und Tiefe seines Inhalts. Da nahm er es in beide Hände, küßte das Buch, benetzte es mit Thränen und rief aus: O du thätiges Buchlein, was bist du mir durch des Herrn Gnade gewesen, was ist mir durch dich geworden! Ob du wohl überhaupt deines Gleichen hast unter allen Büchern?“  
[600]

In unserm Verlage ist erschienen und von uns so wie durch die hiesigen Sortiments-Buchhandlungen zu beziehen:

**Die Preussische Handels-Marine** im Anfange des Jahres 1866, ein Verzeichniß der Preuss. See- und Küstenschiffe. Zusammengestellt von den Experten der Stettiner See-Versicherungs-Gesellschaft. **Preis 10 Sgr.**  
**F. Hessenland's Verlagshandlung** in **Stettin.**

[623] **Polytechnische Gesellschaft.**

Freitag, den 9. Febr., 8 Uhr, im großen Saale des Schützenhauses: IV. Chemischer Vortrag:

Herr Dr. **Debrück** über den Kohlenstoff.

Druck u. d. Verlag von **F. Hessenland** in **Stettin.**  
Verantwortlicher Redacteur **Otto Wolff** in **Stettin.**